

# Landau Ein-Viertel statt Landau XXL?

## Eine Betrachtung zum Koalitionsvertrag von GRÜNEN, CDU und FDP.

Worum geht es?	1
Was schreiben die anderen Fraktionen?	2
Was haben wir betrachtet?	2
Warum haben wir die weiteren Fraktionen hier nicht einbezogen?	2
Wie war die Ausgangslage?	2
Was ist nun passiert?	3
Wie bewerten wir die Ergebnisse zu Landau XXL?	3
Was fiel uns sonst noch auf in diesem Vertrag?	6
Was sagen wir zu den Reaktionen der Wahlverlierer?	7
Was ist unser Fazit?	9
Wie geht es nun weiter?	10

### Worum geht es?

Am 27. Juni 2019 haben die Fraktionen von GRÜNEN, CDU und FDP einen Koalitionsvertrag vereinbart, um in den kommenden fünf Jahren die Landauer Stadtpolitik gemeinschaftlich und abgestimmt zu gestalten.

Das Dokument ist u.a. hier zu finden:

<https://gruene-landau.de/wp-content/uploads/2019/06/Gr%C3%BCn-Schwarz-Gelb-Landau-2019-final.pdf>

Mit dieser Betrachtung wollen wir als Landauer Bürgerinitiative dieses Vertrag und sein Zustandekommen aus unserer Sicht kommentieren.

## Was schreiben die anderen Fraktionen?

Als Reaktion auf diese Vereinbarung haben die anderen Fraktionen ihre Kommentare zur Koalitionsvereinbarung mehr oder weniger strukturiert abgegeben. Auch diese Stellungnahmen haben wir gelesen und in unseren Bericht einbezogen:

SPD: <https://www.spd-landau.de/15530-aktuelles/>

FWG:

<https://www.facebook.com/385143931572693/photos/a.554549094632175/2339458359474564/?type=3&theater>

P&S: [https://www.facebook.com/pfefferundsaltz.jetzt/posts/1299869806834169?\\_tn\\_ =K-R](https://www.facebook.com/pfefferundsaltz.jetzt/posts/1299869806834169?_tn_ =K-R)

## Was haben wir betrachtet?

Als Bürgerinitiative *LANDAUER bauen ZUKUNFT* haben wir unser Augenmerk bisher auf die Maßnahmen zum Projekt "Landau baut Zukunft" gerichtet und hier insbesondere auf die Pläne zum neuen XXL Stadtteil im Südwesten der Stadt. Auch wenn wir als Bürger zu vielen anderen Themen im Koalitionsvertrag individuell eine Meinung haben, wollen wir unsere Stellungnahme auf diesen Themenkomplex fokussieren, konkret, auf die inhaltliche Betrachtung der Passagen im Koalitionsvertrag, die sich mit Landau XXL im weiteren Sinne befassen.

Mit den jeweiligen Stellungnahmen der anderen Fraktionen (SPD, FWG und Pfeffer & Salz) zu diesem Thema haben wir uns ebenso auseinandergesetzt.

Zudem bewerten wir die neuen Kräfteverhältnisse im Landauer Stadtrat aus unserer Sicht und erläutern, was wir als Landauer Bürgerinitiative von unseren neuen Vertretern im Rat nun erwarten.

## Warum haben wir die weiteren Fraktionen hier nicht einbezogen?

Mit dieser Betrachtung wollen wir das Ergebnis der Wahl im Kontext des bisherigen Landau XXL Prozesses bewerten. Daher haben wir uns auf die Stellungnahmen der Fraktionen fokussiert, die in der vergangenen Periode bereits erkennbar in die Diskussion involviert waren. Die nun neu im Stadtrat eingezogenen Fraktionen werden wir in Zukunft ebenso betrachten, sofern sie ernsthafte, diskussionswürdige Beiträge zum Thema beisteuern.

## Wie war die Ausgangslage?

Die Kommunalwahl hat in Landau für eine Überraschung gesorgt. Zwar wurden bereits im Vorfeld Gewinne der Grünen und Verluste bei CDU, SPD und FWG angenommen. Dass diese aber so drastisch ausfallen würden, damit hatte wohl kaum jemand gerechnet. Die großen Gewinner der Wahl waren die GRÜNEN. Ohne die hohe Anzahl von Briefwählern zugunsten der CDU wäre das Ergebnis noch deutlicher ausgefallen. Dennoch war nach der Wahl nicht klar, welche Mehrheit sich bilden würden. Als eine der vielen Konstellationen wäre rechnerisch sogar eine Koalition der Wahlverlierer aus CDU, SPD und FWG – und

damit die Weiterführung der bisherigen "Koalition" (in Anführungszeichen, da man sich selbst ja nie so bezeichnen wollte) möglich gewesen.

Bei der Einordnung des neuen Koalitionsvertrags sollte man deshalb berücksichtigen, dass dieses Szenario wie ein Damoklesschwert über den Verhandlungen zwischen CDU, Grünen und FDP hing. Es ist zu vermuten (wir waren ja nicht dabei), dass diese Karte mehr als einmal von den Herren Hirsch und Lerch gezogen wurde.

## Was ist nun passiert?

Die Landauer Bürgerinnen und Bürger hatte in den vergangenen fünf Jahren zwei kommunalpolitische Entscheidungen zu treffen:

- 1) Die Wahl des neuen Oberbürgermeisters mit dem Wahlsieger Thomas Hirsch
- 2) Die Wahl des neuen Stadtrats mit den Wahlsiegern die GRÜNEN.

Nüchtern betrachtet, ist die neue Koalition also nichts anderes, als die Umsetzung des Votums der Landauer Wählerschaft bei den letzten beiden Wahlen. Dass die FDP als Mehrheitsbeschaffer ausgewählt wurde – statt einer der anderen kleinen Fraktionen im Stadtrat – muss als Erfolg der FDP'ler angesehen werden, die die Chance ergriffen haben, aus dem Nichts wieder relevant zu werden. Dies kann man nicht kritisieren, denn dafür wurden sie gewählt, und so funktioniert Demokratie.

Dass beide Wahlsieger den Anspruch haben, nicht nur eine Koalition im Stadtrat zu bilden sondern mit eigenen Köpfen in der Stadtspitze präsent zu sein, ist dann auch logisch und konsequent.

Wahlverlierer war bei beiden Wahlen die SPD mit Dr. Maximilian Ingenthron an der Spitze: Bei der OB-Wahl hat er persönlich verloren; bei der Stadtratswahl wurde eine blasse, uneinheitlich agierende SPD Fraktion auch für die schlechte Außendarstellung ihres ersten Protagonisten bei der Stadt abgestraft, obwohl er diesmal persönlich gar nicht zur Wahl stand.

Der neue Landauer Stadtrat hat also nur noch recht wenig mit dem Gremium der letzten fünf Jahre zu tun: sowohl was die Mehrheiten und damit die "politischen Fronten" im Rat betrifft als auch in Bezug auf die vielen neuen Köpfe. Gerade auch junge Menschen werden nun die Arbeit mittragen. Diesem neuen Gremium muss man jetzt Zeit geben, sich zu finden und Landau mitzugestalten.

## Wie bewerten wir die Ergebnisse zu Landau XXL?

Als bekannt wurde, dass CDU und die GRÜNEN sich zu Koalitionsgesprächen verabredet haben, war klar, dass es weder zu einem "Weiter so" (CDU-Position vor der Wahl), noch zu einem "Weg damit" (GRÜNEN-Position vor der Wahl) in Sachen Landau XXL kommen würde, wenn diese Gespräche zu einem Konsens führen sollten. Aus Sicht unserer Bürgerinitiative betrachten wir das Ergebnis deshalb als gemeinsamen Kompromiss

zwischen GRÜNEN, CDU und FDP und verzichten darauf zu bewerten, wer mehr oder weniger in den Verhandlungen gewonnen oder eingebüßt hat.

Vor der Wahl sahen wir uns mit einem vorgesehenen Bebauungsgebiet von ca. 45 ha konfrontiert. Nun sind es 13 ha, die zur Betonierung geopfert werden sollen. Die deutliche Reduktion der Fläche ist zunächst ein Schritt in die richtige Richtung. Wir halten aber weiterhin an unserer Einschätzung fest, dass auch diese 13 ha eine unnötige Versiegelung von Natur- und Grünflächen bleiben. Nach unserer Einschätzung ist eine solche Maßnahme nicht erforderlich, um den realen Bedarf an Wohnraum in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu decken.

Neben dieser grundsätzlichen Bewertung des Verhandlungsergebnisses zu Landau XXL, fiel uns auf, dass es im Koalitionsvertrag keine Hinweise auf einige wichtige Verfahrens- und Verwaltungsaspekte gibt, die mit besserer Sachkenntnis sicher erwähnt worden wären:

- Wie soll mit den sogenannten "Vorbereitenden Untersuchungen" verfahren werden, die nach wie vor nicht abgeschlossen sind und die weiterhin die Rechte von Besitzern und Pächtern beeinträchtigen?
- Ebenso muss das besondere Vorkaufsrecht der Stadt zum eingefrorenen Verkaufspreis wieder abgeschafft werden, da wesentliche Gebiete, die davon betroffen sind, nun keine Zielflächen der Maßnahme mehr sind.
- Die ausgewählte Fläche von 13 ha südlich der Wollmesheimer Straße ist im geltenden Regionalplan als Grünzug vor jeglicher Bebauung geschützt. Die Reduktion des ursprünglich vorgesehenen Bebauungsgebiets beweist, dass die stets proklamierte "Alternativlosigkeit" dieser Fläche nie gegeben war, was aber unabdingbare Voraussetzung für eine Änderung des Regionalplans und des Landesentwicklungsplans (LEP IV) ist. Eine entsprechende Modifizierung des Landauer Flächennutzungsplans ohne diese Anpassungen ist rechtlich nicht plausibel.
- Das Zielabweichungsverfahren, mit dem die Stadt nun zunächst 5 ha als Bauland zu gewinnen versucht, ist ebensowenig abgeschlossen. Unklar ist, ob der Antrag überhaupt schon bei der SGD Süd eingereicht wurde. Auch hier müsste die nun veränderte Bewertung des Bedarfs bei der Überprüfung des Antrags einbezogen werden. Ohne schlüssigen Nachweis, dass es faktischen zusätzlichen Bedarf und gleichzeitig keinerlei Potential im Innenbereich gibt, dürfte der Zielabweichung - auch bei "nur" 5 ha - deshalb nicht zugestimmt werden, wenn die Verantwortlichen bei der SGD Süd ihre Aufgabe ernst nehmen..

Neben diesen ungeklärten Details gibt es im Text zwei bewerkenswerte Formulierungen, an denen wir uns massiv stören:

1) *"Ein Teil davon werden wir „restriktionsfrei“ stellen."*

Was genau haben wir uns unter restriktionsfreien Flächen vorzustellen? Alle aufgeführten Planungsflächen sind heute als Grünzug und Grünzäsur vollständig vor jeglicher Bebauung geschützt. Um diese Flächen "restriktionsfrei" zu stellen, müssen Sie quasi "auf Vorrat" aus den jeweiligen Grünzügen und Grünzäsuren herausgenommen werden. Eine solche Änderung, insbesondere mit der Begründung *„dass es eine Situation nach dem Jahr 2030 geben könnte“*, ist im

Landesentwicklungsplan nicht vorgesehen. Diese Feststellung offenbart eine gewisse Unkenntnis der Verhandlungsführer beider Seiten im Umgang mit dem komplexen Thema. Erschwerend kommt hinzu, dass die restriktionsfreien Flächen im Vertrag nicht konkretisiert werden, obwohl dies in den Verhandlungen sicherlich konkret besprochen wurde. Warum diese potentiellen Reserveflächen nicht klar benannt werden, erschließt sich keinem der Betroffenen. "Ein Teil" kann viel oder wenig bedeuten. Solange nicht klar ist, welche Flächen betroffen sind – sowohl jetzt als auch nach 2030 – , bleibt das Projekt weiterhin als Landau XXL bestehen.

2) *“Bis 2030 benötigen wir 2.500 zusätzliche Wohneinheiten zur Versorgung der Landauerinnen und Landauer mit ausreichend Wohnraum.”*

Diese Behauptung geht auf das Wohnraumbeschaffungs-Konzept der Stadt Landau zurück – besser bekannt als InWIS Studie – und ist aus heutiger Sicht erwiesenermaßen widerlegt. Die Studie, die von der Stadt in Auftrag gegeben und bezahlt wurde, kam zum Ergebnis, dass ca 2500 neue Wohneinheiten benötigt würden, um Wohnraum für bis zu 47.395 Menschen bis zum Jahr 2030 zu schaffen. Erstaunlicherweise leben bereits seit 2017 deutlich über 47.000 Menschen in Landau – und zwar augenscheinlich nicht unter Brücken oder in Zeltstädten. Der angeblich zwingend erforderliche zusätzliche Wohnraum ist also nachweislich vorhanden und die Behauptung damit faktisch widerlegt. Wer sie weiterhin als Begründung für den politischen Wunsch nach Wachstum als Faktum verwendet, bedient sich wissentlich der Unwahrheit und täuscht bereits jetzt seine zukünftigen Wähler.

Dass es eine nachweisliche Falschaussage in das Koalitionspapier geschafft hat, ist überaus bedauerlich. Das die CDU an dieser Behauptung festhält, da es die Grundlage für das gesamte Projekt Landau XXL bildet, verwundert nicht. Gerade gegenwärtig erscheint es jedoch unverantwortlich, mit solchen Fake-News politische Positionen festigen zu wollen. Eines ist klar: Bei diesem Projekt geht es nicht um einen Bedarf an Wohnraum, der ansonsten fehlen würde. Es geht einzig und allein um den politischen Wunsch der CDU, mehr neuen Wohnraum in attraktiver Lage – über den echten Bedarf hinaus – zu schaffen, um wirtschaftsstarke Menschen nach Landau zu holen, städtisches Wachstum zu forcieren und dadurch mehr kommunale Einnahmen zu generieren. Ein solches Ziel ist politisch legitim und hätte bei der Wahl auch so kommuniziert werden können, zumal der Einwohnerzuwachs seit 2016 stark rückläufig ist und inzwischen stagniert. Sich aber hinter einer Unwahrheit zu verstecken, weil es anders nicht opportun ist und infolgedessen die regionalpolitischen Argumente fehlen, um die aktuelle Flächennutzung umwidmen zu können, ist armselig. Dem grünen Koalitionspartner hätte es nicht passieren dürfen, dass diese Formulierung uneingeschränkt so im Vertrag übernommen wird. Dies ist ein schwerwiegender Fehler, der deutlich kritisiert werden muss.

Auch das gerne angeführte Argument, dass die Stadt viel schneller wachse als von InWIS errechnet, ist nicht haltbar. Der starke Einwohneranstieg in Landau lässt sich zweifelsfrei auf die Jahre 2014-16 reduzieren – eine Zeit in der infolge des starken Flüchtlingszustroms nahezu alle Städte und Gemeinden außergewöhnlichen Einwohnerzuwachs verzeichnen konnten. Diese Wachstumswahlen als Trend auszulegen, geht (bewusst) an der Realität vorbei. Bei nüchterner Betrachtung gerät

auch der Schwarmstadt-Mythos schnell ins Wanken, der – auch wenn man nicht müde wird, ihn bei jeder Gelegenheit zu beschwören – einem Realitätscheck längst nicht mehr standhält.<sup>1</sup>

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die aktuellen Ergebnisse des IS-Wohnungsbedarfsmodells, veröffentlicht am 22.07.2019 vom Institut der deutschen Wirtschaft.<sup>2</sup> Der Stadt Landau wird für die vergangenen acht Jahre eine Wohnungsbautätigkeit nachgewiesen, die 3% über dem eigenen Bedarf liegt. Allein diese Tatsache sollte Grund genug sein, von Planungen eines neuen Stadtteils Abstand zu nehmen. Gleichzeitig decken umliegende Großstädte laut Analyse ihren Bedarf nur unzureichend ab: Ludwigshafen 66%, Mannheim 55% und Karlsruhe lediglich 48%. Die logische Folge weiterer massiver Bautätigkeit in Landau über den eigenen Bedarf hinaus ist für jeden ersichtlich (und vermutlich von der CDU gewollt). Für Menschen, die in den nahen Großstädten keinen Wohnraum finden, in Landau geschützte Grünflächen zu betonieren, ist jedoch weder im Sinne der hiesigen Bürgerinnen und Bürger noch haben diese den Fraktionen dafür das Mandat erteilt.

Da wir unsere Haltung, den grundsätzlichen Bedarf des Neubaugebiets in Frage zu stellen, aus den oben genannten Gründen nicht geändert haben, sehen wir keinen Sinn in einer ausführlichen Bewertung und Analyse der Bebauungsdichte und der Anzahl geplanter Wohneinheiten. Ob 500, 800 oder 1000 Wohneinheiten – im geschützten Außenbereich ist alles ist zu viel und wäre nicht nötig. Dennoch wollen wir darauf hinweisen, dass ausgewiesene Stadtplanungs-Experten, wie Michael Kleeman aus Landau, die genannten Zahlen im Verhältnis zu Stockwerken und Grundfläche für zu hoch halten. Hierzu verweisen wir auf seine Facebook-Beträge u. a. in Reaktion auf die kürzlich veröffentlichte Rheinpfalz-Satire "Macht des Wortes".<sup>3</sup>

## Was fiel uns sonst noch auf in diesem Vertrag?

Da unser Fokus auf Landau XXL liegt, werden wir nicht alle Aspekte des Koalitionsvertrags bewerten, zumal uns in vielen Bereichen die Expertise fehlt. Aus der Perspektive von Landau XXL und einer allgemeinen Bewertung der veränderten Lage möchten wir aber folgende Punkte ansprechen:

Europaviertel: Wir wissen nicht genau, was die Beteiligten dazu bewogen hat, das geplante neue Stadtgebiet einer pfälzischen Kleinstadt ausgerechnet "Europaviertel" zu nennen. Ganz gleich, ob für diesen ungewollten Stadtteil oder für einen anderen Bereich der Stadt – wir halten den Vorschlag für wenig gelungen. Landau kann anderweitig mit keinem "Viertel" aufwarten, weder im Namen noch im Konzept der Stadtstruktur. Die Intention, Europa und Europa-Freundlichkeit zu betonen, mag loblich erscheinen, wirkt hier aber eher als der plumpe Versuch, auf diese Weise das

---

<sup>1</sup> <https://ewois.de/Statistik/user/anzeigen.php?ags=0731300000>

<sup>2</sup> [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Report/PDF/2019/IW-Report\\_2019\\_Wohnungsbaubedarfmodell.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2019/IW-Report_2019_Wohnungsbaubedarfmodell.pdf)

<sup>3</sup> <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10217049548245918&set=gm.2394196677515149&type=3&theater&ifg=1>, Kommentar von M. Kleemann zum Beitrag)

geflügelte Wort von Landau XXL und die fehlerbehaftete Initiative “Landau baut Zukunft” aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen. Vielleicht müssen wir eines Tages “Landau XXL” in “Landau Ein-Viertel” umbenennen, wer weiss?  
Vorschlag: Sollte der neue Stadtteil tatsächlich nicht zu verhindern sein, ließe sich im Sinne aktiver Bürgerbeteiligung ein Namenswettbewerb mit dem Thema “Europa” ausschreiben. (Unseren früheren Vorschlag “Hirschthronhausen” ziehen wir in Anbetracht der neuen Entwicklung zurück.)

- Remanenzkonzept: Noch vor wenigen Monaten wurde ein solcher Antrag der Grünen im Stadtrat von CDU, SPD und FWG fahrlässig und mit falschen Vorhaltungen abgelehnt. Nun findet er sich – zwar verkürzt, aber deutlich erkennbar – im Koalitionspapier von Grünen, CDU und FDP wieder. Dieser Passus lässt sich sehr deutlich als Gewinn der Grünen verzeichnen. Wir betonen dies, da wir im Zusammenhang mit Landau XXL immer wieder darauf hingewiesen haben, dass sich in Landau über 1300 Remanenzhaushalte finden (Tendenz steigend), für deren Bewohner es keine städtischen Angebote gibt, durch mögliche Wohn-und-Hilfs-Gemeinschaften oder baulichen Veränderungen, diesen Wohnraum besser und ausgewogener nutzen zu können. An dieser Stelle möchten wir auch den Wohnungsleerstand einbeziehen, da es in Landau mehr leerstehende Häuser gibt, als mancher annehmen mag. (Fragen Sie mal ihren Schornsteinfeger, wie viele leere Häuser er kennt – Sie werden staunen).
- Bürgerbeteiligung: Was wir im Vertrag vermissen, sind Ansätze zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in Landau. (Bedauerlicherweise erscheint das Wort “Bürgerbeteiligung” kein einziges Mal im Vertragstext.) Freiräume zum Feiern und Änderungen beim Ausschank zu fordern, ist sicherlich schön und gut. Es wäre aber ebenso wichtig gewesen, beim Thema Bürgerbeteiligung ein Zeichen zu setzen. Gerade Landau XXL hat gezeigt: Der sogenannte “Landauer Weg der Bürgerbeteiligung” ist eine Sackgasse. Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Sache einbringen wollten, wurden in erster Linie als Störfaktoren wahrgenommen; der Anspruch, das “Allgemeinwohl” im Sinn zu haben, wurde ihnen schlichtweg aberkannt, solange ihr Ansinnen nicht mit der Linie der bisherigen Stadtspitze konform war. Vorgeschriebene Bürgerbeteiligungs-Formate wurden als Pflichtaufgabe abgewickelt, Einwände “zur Kenntnis genommen”, d. h. abgehakt und acta gelegt. Eine sachliche Auseinandersetzung mit Argumenten wurde konsequent vermieden. Dabei war es gerade die intensive Arbeit der verschiedenen Bürgerinitiativen – u. a. die Initiatoren der BI “Lebensqualität Weißquartierplatz” oder das Bündnis “Aktionsgruppe Klima und Umwelt” - die mit Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen entscheidend zum Wahlergebnis beigetragen haben.

## Was sagen wir zu den Reaktionen der Wahlverlierer?

Wir haben uns bewusst Zeit gelassen, die Koalitionsvereinbarung zu kommentieren, da wir nicht nur dieses Dokument betrachten wollten sondern auch die Reaktionen der Wahlverlierer. Wir waren gespannt zu sehen, wie sich die Argumente derer verändern, die



sich plötzlich in der Oppositionsrolle wiederfinden. Die Veröffentlichungen der Fraktionen haben uns nicht sonderlich überrascht, wobei einiges jedoch bemerkenswert ist.

- SPD: Man merkt der Stellungnahme der SPD deutlich an, dass sie erst noch die Wunden der Wahlniederlage verarbeiten muss. Da man selbst nicht viel zu den Themen des Koalitionsvertrags zu sagen hat, kritisiert man, dass die anderen zu wenig sagen. Öffentlich zu behaupten, dass es notwendig sei, *den Konflikt um Landau baut Zukunft mit einem Kompromiss zu befrieden*, ist ein interessanter und aufschlussreicher Aspekt. Offensichtlich gab es also diesen Konflikt, den man seitens der bisherigen Stadtspitze stets bestritten hat. Gegnern der städtischen Pläne wie unserer BI wurde regelmäßig Eigennutz vorgeworfen, wobei ihre Mitglieder gerne als diejenigen verunglimpft wurden, *die nur ihre eigene, unverbaute Aussicht schützen wollen*. Dabei wird auch deutlich, dass dieser Konflikt die SPD Fraktion im Inneren gespalten hat und folglich innerhalb der Fraktion nie einheitlich zu Landau XXL abgestimmt wurde.
- FWG: In Ermangelung einer offiziellen schriftlichen Stellungnahme zum Koalitionsvertrag seitens der FWG beziehen wir uns auf den Rheinpfalz Artikel “Super-Looping von den Grünen” vom 13.07.2019. Der Artikel beweist, mit welcher Ahnungslosigkeit bzw. Polemik die Vertreter der FWG im Stadtrat agieren. Es ist wahrscheinlich besser für Landau, dass die Herren Freiermuth und Co nun auf der Oppositionsbank sitzen, wo sie weniger Schaden anrichten können. So wird von ihnen gegenüber der Rheinpfalz tatsächlich behauptet, dass aus den bisher beschlossenen 5 ha Bauland mithilfe der Grünen nun sogar 13 ha geworden sind. Welch Verdrehung der Tatsachen! Die aktuelle Beschlusslage, an der auch die FWG beteiligt war, sieht immer noch vor, insgesamt 45 ha im Außenbereich zu bebauen. Da der Regionalplan allerdings nicht, wie von der Stadtspitze erhofft und erwartet, zwecks Baulandbeschaffung kurzerhand geändert werden kann, sollte mittels Zielabweichungsverfahren zunächst eine kleinere Fläche vorab beantragt werden, nämlich die erwähnten 5 ha, wodurch der umständliche Weg über den Regionalplan außen vor bliebe. Dass die FWG den Sachverhalt nun völlig verdreht, um die GRÜNEN polemisch bloßzustellen (insgesamt ohnehin das einzige erkennbare Ziel des gesamten Beitrags), ist entweder politisches Kalkül oder pure Unkenntnis. Was schlechter wäre, darf jeder darf für sich entscheiden.
- Pfeffer & Salz: Eigentlich hat die neuen P&S Fraktion – samt dem Verein, der dahinter steht – wenig mit dem Tandem Migl / Wagner der letzten Wahlperiode zu tun und müsste von uns als “neue” Fraktion angesehen werden, d. h. dürfte hier keine Rolle spielen (siehe Einleitung). Wir haben uns der Stellungnahme der Fraktion Pfeffer & Salz dennoch angenommen, da mit Frau Dr. Migl ein Ikone der Landauer Stadtpolitik an der Spitze steht und sie sich auch in der Vergangenheit stets entschieden beim Thema Landau XXL eingebracht hat. In der Stellungnahme benennt P&S die einzelnen Punkte der Koalitionsvereinbarung und positioniert sich mit eigener Meinung pro oder contra. Genau wie wir verurteilt die Fraktion das Festhalten an den Zahlen der umstrittenen InWIS-Studie und bemängelt die fehlende Position “Bürgerbeteiligung” im Koalitionsvertrag. Ferner kritisiert sie eine unpassende “Blockrandbebauung” am Stadtrand. Von allen Reaktionen von seiten



der Kommunalpolitik, war dies unserer Meinung nach die ausgewogenste und sachlichste Stellungnahme.

- Dr. Maximilian Ingenthron: Auch unabhängig von der SPD Fraktion zählt Dr. Maximilian Ingenthron als amtierender Bürgermeister zu den Wahlverlierern und durfte in der Rheinpfalz persönlich ein Fazit zur Wahl ziehen, weshalb wir an dieser Stelle auch seine Reaktion betrachten.  
Ob in der neuen Legislaturperiode eine hauptamtliche Person mehr in der Landauer Stadtführung erforderlich ist, wird sich zeigen. Sollte allerdings die dritte hauptamtliche Stelle verzichtbar sein, dann muss man sich fragen, ob es politisch nicht anständig gewesen wäre, wenn Ingenthron seine wiederholten Wahlniederlagen zum Anlass genommen hätte, seinen Platz freiwillig zu räumen. Selten hat Landau einen schwächeren Repräsentanten auf höchster Ebene gesehen. Ingenthrons öffentlichen Auftritte, gerade auch zum Thema Landau XXL wirkten teilweise mehr als hölzern und auswendig gelernt, manchmal sogar regelrecht peinlich. Sein Interview in der Rheinpfalz vom 05.07.2019 offenbart, wie wenig Gespür er dafür hat, was es bedeutet, politische Verantwortung zu übernehmen. Auch wenn der Bürgermeister ursprünglich für acht Jahre gewählt worden ist, so sitzen von denjenigen, die ihn aus Parteien-Kalkül und Proporz-Gedanken vor dreieinhalb Jahren ins Amt gehoben haben, nicht mehr viele im Rat. Es würde zumindest eine gewissen Größe beweisen, sich freiwillig im Sinne einer Vertrauensfrage erneut dem Votum des Rats zu stellen.

## Was ist unser Fazit?

Als Bürgerinitiative sind wir froh, dass die Landauer Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl ein Zeichen gesetzt und der bisherigen "Koalition" samt Landau XXL die rote Karte gezeigt haben.

Wir sind nicht so anmaßend zu glauben, dass unsere Beiträge einen breiten Einfluss hatten, aber es ist schon eine gewisse Bestätigung, wenn das Wahlergebnis zeigt, dass wir mit unserer Einschätzung der Sachlage nicht alleine geblieben sind.

Wir honorieren, dass die Wahlverlierer der Versuchung widerstanden haben, sich mit einer einzigen Stimme Mehrheit im Sattel zu halten. Dies wollen wir bei aller Kritik nicht unerwähnt lassen.

Dass es nun zur Koalition zwischen CDU, FDP und Grünen kommt, ist aus Sicht der BI schlussendlich die logische Konsequenz aus den Ergebnissen der letzten beiden Wahlen. Dass hierbei kein Ergebnis zu erwarten war, dass zu 100% unseren Vorstellungen entsprechen würde, gehört zu den Gesetzen der Demokratie. Wir erkennen im Koalitionsvertrag deutliche Positionen der Grünen – zu weniger bis keiner Versiegelung weiterer Grünflächen im Außenbereich – aber auch die Kompromissbereitschaft der CDU, ihre bisherige Extremposition zumindest ein Stück weit zu verlassen. Der Koalitionskompromiss ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir setzen aber auch weiterhin auf das laufende Verfahren und die übergeordneten Stellen, die gerade durch den neuerlichen Kompromiss erkennen sollten, dass die vormals festgestellte "Alternativlosigkeit" zu Landau XXL nicht gegeben ist und es deshalb wenig Grund gibt, Grünzäsuren und Grünzüge reinem kommunalem Wachstumsstreben zu opfern.

Einige Stellungnahmen der politischen Gegner kritisieren, dass der Vertrag zu vage sei. Dem können wir nicht zustimmen. Im Gegenteil, wir fordern, dass Diskussionen und Sacharbeit im Stadtrat und in den angeschlossenen Gremien öffentlich stattfinden und gerade eben nicht jeder Beschluss im städtischen Hinterzimmer vorab bereits detailliert festgelegt wird, wie in der Vergangenheit üblich. Der Stadtrat soll nicht länger "Abnick-Gremium" sein sondern Kontrolleur und Korrektiv. Wenn es in den nächsten fünf Jahren gelänge, dies entsprechend zu ändern, dann wäre das ein beachtlicher Erfolg.

Im vorliegenden Koalitionsvertrag sehen wir ein Werk, das den Koalitionären Leitplanken für ihre weitere Arbeit im Stadtrat und in der Stadtspitze vorgibt. Damit ist der äußere Rahmen gesetzt. Wie sich die Sacharbeit im Rat sowie die Zusammenarbeit mit den übergeordneten Stellen und den vielen Interessens- und Fachverbänden, die zum Thema gehört werden müssen, in Zukunft darstellt, werden wir weiterhin genau beobachten.

## Wie geht es nun weiter?

Seitens der Bürgerinitiative *LANDAUER bauen ZUKUNFT* werden wir in den kommenden Monaten genau beobachten, wie die neue Koalition ihre Pläne umsetzt und mit den wichtigen Details umgeht, die nicht im Koalitionsvertrag stehen.

Zudem würden wir uns seitens des Stadtrats und der Stadtspitze über neue, ernstgemeinte Angebote zur Bürgerbeteiligung freuen und sind jederzeit bereit für einen offenen Dialog mit den politisch Verantwortlichen.

[www.landauer-zukunft.de](http://www.landauer-zukunft.de)